

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XIX, No. 3–2003

DREI JAHRZEHNTE NEOLIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktredaktion: Joachim Becker, Karin Fischer, Johannes Jäger

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Hanak, Johannes Jäger, Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold, An-
dreas Novy, Herwig Palme, Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer, Kunibert
Raffer, Andreas Schedler, Anselm Skuhra

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Karen Imhof

Inhaltsübersicht

4	Editorial
6	JOACHIM BECKER, KARIN FISCHER, JOHANNES JÄGER Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika <i>Bilanz und Perspektiven</i>
19	HERBERT SCHUI Was eigentlich ist Neoliberalismus
35	KAREN IMHOF Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika
52	OLIVER SCHWANK Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess
69	BERNHARD LEUBOLT Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell <i>Das partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul</i>
87	ANA SILVIA VILKER Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus
100	Rezensionen
105	Autoren und Autorinnen
107	Informationen für Autoren und Autorinnen

1. Einleitung

Rückblickend präsentieren sich die 1980er und 1990er Jahre als ein Jahrzehnt der Finanzkrisen, die, längst überwunden geglaubt, nun wieder die Entwicklung der peripheren Länder bestimmen. Ausmaß und Dauer der Krisen weisen auf eine neue Entwicklungsstufe des Weltwirtschafts- und Finanzsystems hin, die offensichtlicher Weise immer neue Krisen mit sich bringt. Obwohl sich die Periode der neuen Finanzkrisen ab den 1970er Jahren in ihrer Dauer und ihren Auswirkungen von früheren Krisenperioden, wie jener in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bzw. der Weltwirtschaftskrise 1929-30 unterscheiden, lässt sich als Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Epochen festhalten, dass die jeweilige Krisensituation eine Trendwende auf entwicklungspolitischer Ebene auslösten und daher in ihrer Wirkung nicht auf das Gebiet der Ökonomie beschränkt blieb.

Liberalistische Außenhandels- und Außenwirtschaftstheorien dominierten ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Weltwirtschaftskrise nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika den ideologischen Diskurs. Die Weltwirtschaftskrise 1929-30 leitete in den meisten lateinamerikanischen Ländern einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu dem nationalstaatszentrierten, binnenmarktorientierten Industrialisierungsprogramm der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) ein, das bis in die frühen 1980er Jahre das bestimmende Entwicklungsmodell in Lateinamerika blieb. Die wirtschaftspolitische Antwort auf die ab den späten 1970er Jahren erneut auftretenden Finanzkrisen war ebenfalls ein wirtschaftspolitischer Wandel, der in der Rücknahme des alten Entwicklungsmodells und der Etablierung und Vertiefung neoliberaler Politikmuster bestand (Feldbauer/Hardach 1999). Während allerdings der Paradigmenwechsel nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre die Grundlage binnenmarktorientierter Entwicklung bildete und besonders in den populistischen Regimen Lateinamerikas einen Industrialisierungs- und Entwicklungsschub auslöste (wenngleich nicht von einer breitenwirksamen Industrialisierung gesprochen werden kann), wurde ab den 1990er Jahren versucht, nationale Stabilisierung durch Außenöffnung und Orientierung an den Bedürfnissen und Bedingungen des Weltmarktes zu erlangen. Das Ergebnis dieser Politik war bislang ernüchternd. Seit den frühen 1980er Jahren ist in Lateinamerika eine Dauerkrise zu konstatieren, die sich bestenfalls als von kurzen konjunkturellen Aufschwüngen gekennzeichnete Stagnationsphase beschreiben lässt. Zwar lässt sich nach der Krise eine schnelle Stabilisierung der wich-

tigsten makroökonomischen Faktoren feststellen, die durchschnittlichen Wachstumsraten lagen allerdings weit unter jenen der 1960er und 1970er Jahren.

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren Lateinamerika 1983-2002 (in %)

	1983-1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Inflationsrate	537,1	98	149	292	116	19,4	12,7	8,6	8,2	8,9	7,2	5,2	21,4
BIP- Wachstum	2	4,1	4,2	4,7	5,8	2,5	2,8	4,5	2,6	0,2	3,5	0,3	-0,9
Öffentlicher Haushalt	-4,4	-0,7	-0,4	-0,3	-0,1	0,9	-2,5	-2,8	-3,1	-3	-2,2	-1,8	-2,6
Leistungsbilanz	-4	-1,9	-2,8	-4,9	-3,1	-3,4	-3,6	-4,6	-5,5	-3,2	-2,4	-2,7	-2,4

Quelle: Boris 2001: 58; Dresdner Bank 2003; The World Bank Group 2003;

Ungeachtet dessen wird jedoch von den meisten lateinamerikanischen Ländern an einer Liberalisierungs- und Öffnungspolitik festgehalten, die bislang weder fähig war, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme dieser Länder langfristig zu lösen, noch deren Anfälligkeit für weitere Krisen zu reduzieren. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie es dazu kam, dass der neue Liberalismus in Lateinamerika so populär werden und bleiben konnte und inwiefern er an der derzeitigen Krisensituation Schuld trägt. Der folgende Beitrag widmet sich diesen Fragen auf mehreren Ebenen. Zunächst soll das Zusammenspiel von Faktoren auf nationaler und internationaler Ebene beleuchtet werden, die die Etablierung neoliberaler Wirtschaftspolitik in Lateinamerika begünstigten und nach den Krisen weiter vertieften. In einem weiteren Schritt soll auf die dem neoliberalen Reformmodell inhärenten Widersprüche und Schwächen im Bereich der Finanz- und Währungspolitik eingegangen werden, die durch ihr Aufeinanderwirken die Dauerhaftigkeit und Tiefe der Krisen in den jeweiligen lateinamerikanischen Ländern ausmachten. Die Konzentration auf diesen spezifischen Bereich der Wirtschaftspolitik wurde deshalb gewählt, weil er sich als besonders ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung der lateinamerikanischen Staaten erwiesen und weitreichende Folgen für die soziale und politische Entwicklung nach sich gezogen hat. Eine solche Schwerpunktsetzung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die derzeitige Krisensituation nicht bloß auf eine Finanz- oder Währungsproblematik zu reduzieren ist, sondern eine gesellschaftliche Polarisierung und politische Veränderung mit einschließt, die aus Platzgründen in diesem Artikel nicht in vollem Ausmaß diskutiert werden kann.

2. Die Festsetzung neoliberaler Politik in Lateinamerika

Neoliberale Wirtschaftspolitik etablierte sich in Lateinamerika vollständig im Laufe der 1980er und 1990er Jahre. Zwar griffen einige lateinamerikanische Regierungen als Reaktion auf die Erschöpfung des Modells der importsubstituieren-

den Industrialisierung (ISI), die sich in chronischem Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit (aufgrund des internationalen Verfalls der Rohstoffpreise seit Mitte der 1970er Jahre und der starken Importabhängigkeit bzw. des damit zusammenhängenden Anwachsens der Subventionsleistungen seitens des Staates) und zunehmend inflationären Tendenzen sowie einer allgemeinen Abschwächung der Wachstumsraten äußerte, zu korrigierenden Stabilisierungsmaßnahmen. Ein generelles Abweichen vom binnenorientierten Entwicklungsmodell erfolgte jedoch nicht. In diesem Sinn müssen die Ursachen für die wirtschaftspolitische Trendwende nicht ausschließlich auf nationaler Ebene gesucht werden, sondern besonders in den Veränderungen des globalen Umfeldes. Denn bevor es noch zu einem Paradigmenwechsel in den lateinamerikanischen Staaten kam, mehrten sich in den europäischen Staaten die Schwierigkeiten mit dem bestehenden Entwicklungsmodell. Nach dem Zusammenbruch des auf Konvertibilität bei fixen Wechselkursen beruhenden internationalen Währungssystems (Bretton Woods System) 1973 sowie der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitigem Anstieg von Inflation und Arbeitslosigkeit geriet das keynesianistische Nachkriegsmodell in die Krise. Die Suche nach einem neuen Modell führte zu einer ideologischen Wende, die sich politisch in der Etablierung neoliberaler und neokonservativer Kräfte (Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in GB und Helmut Kohl in Deutschland) und ökonomisch in dem Übergang zu monetaristisch-neoklassischen Formen der Wirtschaftspolitik niederschlug (Walpen 2002: 209 f.).

Die neue restriktive Wirtschaftspolitik, die fortan in den Industriestaaten als Antwort auf die Problemlage eingeschlagen wurde, führte in Kombination mit anderen Faktoren, wie den gestiegenen Erdölpreisen und der durch den Abfall der Produktivitätsgewinne bedingten geringeren Investitionstätigkeit, zu einer Überliquidität in den Zentren. Gleichzeitig erhöhte die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems die globalen Finanzströme. Aufgrund der weltweit niedrigen Zinsraten und ihrem hohen Kapitalbedarf waren es vor allem lateinamerikanische Länder, die sich zunehmend international verschuldeten. Der Zufluss an Auslandskapital in Form von Krediten konnte die oben geschilderten inhärenten Blockaden und Engpässe des ISI-Modells für eine gewisse Zeit verdecken, erhöhte allerdings auch die Defizite innerhalb der nationalen Wirtschaftsstrukturen, nachdem das einströmende Kapital nur in geringem Ausmaß für strukturelle Investitionen verwendet wurde. Die weitgehend privaten Kredite europäischer und amerikanischer Geschäftsbanken sowie der internationalen Großbanken bildeten letztlich die Grundlage für den Überschuldungsprozess und den Ausbruch der Schuldenkrise in den frühen 1980er Jahren (Boris 2001: 69).

3. Krise und neoliberale Reformpolitik

Die Schuldenkrise, die 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos ihren Lauf nahm und fortan die Entwicklung aller lateinamerikanischen Länder überschattete, markierte die endgültige Abkehr vom importsubstituierenden Wirtschaftsmodell. Die Schuldenkrise war ausgebrochen, weil sich zu den oben beschriebenen internen Problemen externe Faktoren gesellten. Der Übergang der USA zur Hochzinspolitik führte einerseits dazu, dass die hohen US-Zinsen Kapital aus Lateinamerika anzogen, andererseits die Zinsdienste für die Auslandskredite lateinamerikanischer Staaten plötzlich stark anstiegen. Zudem drosselte der gleichzeitige Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe die Deviseneinnahmen der lateinamerikanischen Staaten.

Während die in den 1970er Jahren leicht erhältlichen kommerziellen Kredite den Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen auf die Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Länder stark reduziert hatten, änderte sich diese Situation ab 1982 drastisch. Mit dem Aufleben des Schuldenproblems waren zur Erhaltung der Kreditwürdigkeit Abkommen mit IWF und Weltbank notwendig geworden, wodurch sich deren Einfluss auf Wirtschaft und Politik in den verschuldeten Ländern erhöhte. Diese geänderte Situation kam vor allem dem IWF zugute, der seine ursprünglich zugewiesene Funktion – die Absicherung der Währungsparitäten – durch den Zusammenbruch des Bretton Woods Systems verloren hatte und in der Übernahme des Schuldenmanagements nun eine neue »Daseinsberechtigung« fand. Denn der Überschuss an Liquidität war zwar eine notwendige, jedoch nicht unbedingt ausreichende Bedingung für die Kreditvergabe westlicher Industriestaaten an die Länder der Peripherie. Entscheidend war die Absicherung des Kapitals durch eine anlegerfreundliche Politik in den jeweiligen Ländern, die der IWF nun im Zuge der Krise im Bereich der Kreditkonditionalitäten und des Schuldenmanagements durchzusetzen vermochte (Raffer 1999: 98 ff.). Das in Reaktion auf die Krise von den internationalen Finanzinstitutionen durchgesetzte Sanierungsprogramm wurde bald durch eine zweite Phase an Reformprogrammen – den sogenannten Strukturanpassungsprogrammen – ergänzt. Diese beschränkten sich nicht mehr nur auf Hilfsmaßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage (Haushaltskürzungen, Lohnsenkungen, Eingrenzen der Geldmenge), sondern waren darauf ausgerichtet, die Wirtschaftspolitik in den betroffenen Staaten langfristig und dauerhaft umzustellen. Der dazu verwendete Maßnahmenkatalog sah für alle lateinamerikanischen Länder nahezu ident aus. Vorgesehen waren eine radikale Außenöffnung im Bereich des Handels- und Kapitalverkehrs sowie der Versuch der Anziehung von Auslandskapital durch eine finanzmarktfreundliche Geldpolitik. Dazu kamen der Abbau von staatlichen Subventionen und Ausgaben, die Liberalisierung von Preisen und Löhnen und die Privatisierung staatlicher Unternehmen.

Unter Beweis gestellt wurde die anlegerfreundliche Politik der lateinamerikanischen Länder in den 1990er Jahren, als es zu einer erneuten Überliquidität in den Zentren kam. Die ideologische Umorientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik in den entwickelten Industriestaaten – weg von Vollbeschäftigung hin zu stärkerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit – führte zu einer Umverteilung von Kapital zugunsten der Gewinne durch die Senkung von Lohnkosten und Gewinnsteuern. Gleichzeitig nahm auch die staatliche Absorption von Kapital durch die angestrebte geringe Staatsverschuldung und restriktive staatliche Investitionspolitik in diesen Ländern ab. Als die zweite Welle angebotsgetriebenen Kapitalzuflusses die lateinamerikanischen Länder traf, waren diese aus Anlegersicht besser darauf vorbereitet, als sie es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre waren. Die maßgeblich durch das neoliberale Credo des »Washington Konsens« geprägte Wirtschaftspolitik, das hohe Zinsniveau und stabile Wechselkurse erhöhten die Attraktivität der lateinamerikanischen Länder als Anlageplätze für ausländisches Kapital. Mit dem Machtzuwachs von Kreditgebern und Anlegern wurde auch ihrem Wunsch nach freiem Kapitalverkehr, einer leichten Repatriierung von Zinsen und Gewinnen und dem freien Kapitalexport – um kurzfristige Kapitalanlagen im Fall einer Krise schnell abziehen zu können – auf wirtschaftspolitischer Ebene verstärkt nachgekommen. In diesem Sinn war die Verbindung zwischen neoliberalem Wirtschaftsprogramm und Verschuldung keinesfalls zufällig (Becker/Musacchio 2003: 82).

Die Umsetzung des neoliberalen Programms verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich und nicht immer mit voller Zustimmung aller gesellschaftlichen Schichten. Der Großteil der lateinamerikanischen Staaten wechselte zwischen 1980 und 1990 im Zuge des Schuldenmanagements der internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) zu neoliberalen Politikkonzepten über. In jenen Ländern, wie Chile, Uruguay oder Argentinien, in denen sich durch die Krise der ISI Militärdiktaturen gebildet hatten, die mehrheitlich großindustrielle und finanzkapitalistische Interessen vertraten, etablierte sich das neoliberale Programm schon vor der Verschuldungskrise der frühen 1980er Jahre (Cardoso/Hellwege 1992: 100, Becker/Jäger/Musacchio 2002: 32). In anderen Fällen, wie Mexiko, gingen der Durchsetzung des neuen Paradigmas teils heftige Auseinandersetzungen mit den binnenmarktorientierten kleineren und mittleren Kapitalen voraus. In diesem Fall gewannen durch die Schuldenkrise schließlich jene Gesellschaftsgruppen an wirtschaftlicher und politischer Macht, die auch von liberalen Politikmustern profitieren konnten. Die Gegner des neuen Modells – wie die organisierte Arbeiterschaft im formellen Sektor, Teile der Mittelschicht und klein- und mittelbetriebliche Unternehmen – waren durch die andauernde Depressionsphase und den Mangel an alternativen Modellen derart geschwächt, dass sie dem neo-

liberalen Modell nur wenig Widerstand entgegensetzten (Boris 2001: 96 ff., Imhof 2003: 103 ff.). In diesem Sinn kann zwar davon ausgegangen werden, dass die von den internationalen Finanzinstitutionen vorgeschriebene Wirtschaftspolitik auch auf die Unterstützung von Teilen der nationalen Elite traf. Allerdings muss in der Situation der Verschuldung auf die Machtungleichheit zwischen nationalen und internationalen Akteuren hingewiesen werden. Während der Zugang zu internationalem Kapital für die liberalen Eliten in den einzelnen Länder zentral war, konnten die Anleger im Zentrum zwischen vielen Anlageregionen wählen. Daraus ergibt sich bei Umschuldungsverhandlungen ein massives Machtgefälle zulasten der Schuldnerländer (Becker/Musacchio 2003: 82).

3.1. Währungsfixierung und Hochzinspolitik als Reformmaßnahmen

Eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und Geldwertstabilität, besonders aber die Bekämpfung der Inflation waren die Hauptzielsetzungen der Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme in der Zeit nach der Krise. In einigen Ländern wie Argentinien, Brasilien und Peru wurde zunächst versucht, die hohe Inflation durch die sogenannten heterodoxen Programme – Einfrieren von Löhnen und Preisen, restriktiver Budgetpolitik und verstärkter Exportorientierung – zu bekämpfen, die allerdings nur kurzfristige Erfolge zeigten. Seit Anfang der 1990er Jahre schwenkten daher fast alle lateinamerikanischen Länder auf eine fixe oder quasi-fixe Anbindung der lokalen Währung an eine ausländische Hartwährung zur Inflationsbekämpfung ein. Der Grad der Anbindung des lokalen Geldes variierte von Land zu Land je nach der jeweils spezifischen Geld- und Fiskalverfassung bzw. der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Auch kehrten die lateinamerikanischen Länder in dieser Zeit langsam wieder an die Finanzmärkte zurück. Die Suche internationaler Investoren nach Anlagemöglichkeiten in Lateinamerika führte gleichzeitig zu einer Erhöhung der Devisenreserven, was eine notwendige (wenngleich nicht ausreichende) Bedingung für eine wechsellkursbasierte Stabilisierungspolitik darstellte.

Am rigidesten erfolgte die Währungsanbindung in Argentinien mit der Errichtung eines *Currency Boards* und einer per Gesetz verankerten Dollar-Peso-Parität. Indem die Geldmenge an die Höhe der Kapitalimporte gebunden und der US-Dollar legales Zahlungsmittel wurde, wurde nicht nur der Güter-, sondern auch der Kapitalmarkt vollkommen liberalisiert (Fritz 2000: 258). Mexiko, das eine geringere Inflationsrate als Argentinien aufwies, optierte mit dem Stabilisierungspakt unter Salinas (gültig ab 1988) für eine gleitende Anbindung an den US-Dollar bei kleinen, monatlichen Abwertungsraten, die eine zu starke Überbewertung des Peso verhindern sollten. Den Hintergrund für die Einführung eines wechsellkursbasierten Stabilisierungsmodells in Mexiko bildeten die Beitrittsver-

handlungen zur NAFTA, die einerseits eine starke Liberalisierung des Außenhandels verlangten, andererseits durch eine erneute Abwertung der Währung empfindlich gestört worden wären (Boris 2000: 244, Fritz 2003: 7). In Brasilien band der »Plano Real« den Real ab 1994 an den US-Dollar. Diese Strategie war allerdings nur bis 1996 erfolgreich bei der Inflationsbekämpfung und beim Aufbau von Währungsreserven. Die strikte Verankerung im Dollar musste schließlich 1999 unter dem Druck der zunehmenden Kapitalflucht aufgegeben und durch flexible Wechselkurse ersetzt werden (Novy 2000: 300).

Theoretisch sollte die Anbindung der nationalen Währung an eine internationale Hartwährung deren Stabilität gewissermaßen importieren. Bei hochgradig inflationären Ökonomien wäre somit ein kurzfristiger Vorteil erreicht: durch den Stabilitätsimport via Währungsanbindung wird die chronische Inflation durchbrochen und die schädigenden Wirkungen der orthodoxen Geldpolitik – wie die Repression des Binnenmarktes – treten nicht zutage. Es scheint sich – glaubt man den Anhängern der wechsellkursorientierten Stabilisierung – die schönste aller Welten zu offenbaren, nämlich eine Stabilisierung ohne Anpassungskosten (Fritz 2000: 259). In der Realität zeigt sich freilich ein anderes Bild. Zwar war die Strategie der Wechselkursanbindung in der ersten Phase nicht ohne Erfolg, zumindest was die Verringerung der Inflationsraten betrifft. Mit einer Koppelung der nationalen Währung an eine ausländische Hartwährung fällt jedoch die nationale Geldpolitik als staatliches Interventionsinstrument insofern aus, als die Parameter für die Anpassung der eigenen Geld- und Fiskalpolitik außerhalb der nationalen Ökonomie liegen. Um eine zu starke reale Aufwertung des Wechselkurses zu vermeiden, muss eine möglichst rasche Annäherung der einheimischen Inflationsrate an jene des Ankerlandes angestrebt werden. Die Exogenisierung der Geldpolitik wurde von internationalen Gläubigern, besonders des IWF, in den 1990er Jahren ausdrücklich unterstützt, um die Durchsetzung neoliberaler Austeritätspolitik in den Schuldnerländern Lateinamerikas abzusichern. Denn erweisen sich die nationalen Eliten als unwillig, die Liberalisierungsstrategie des IWF durchzuführen, so stellt die Wechselkursanbindung gewissermaßen einen externen Zwang zur entsprechenden Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik dar (Fritz 2000: 260, Novy 2000: 200).

Ein weiteres Argument, das von liberaler Seite immer wieder für eine Wechselkursanbindung vorgebracht wird ist, dass eine Fixierung des Wechselkurses automatisch auch zur Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte führe. Die Außenöffnung und Liberalisierung des Finanzsektors ist insofern von Bedeutung, da ohne sie der Zufluss von Devisen, der eine notwendige Grundvoraussetzung zur Verteidigung des Wechselkurses darstellt, nicht gewährleistet ist. Gleichsam sollen Handelsbarrieren und Zölle abgebaut werden, um den Wettbewerbsdruck

auf die nationalen Produzenten zu erhöhen und sie an Preiserhöhungen zu hindern. Tatsächlich resultierte daraus jedoch ein doppelter Wettbewerbsschock für die lateinamerikanischen Länder: die Fixierung des Wechselkurses löste eine Aufwertung der heimischen Währung aus, die gleichzeitige Handelsliberalisierung konnte ihr Ziel – die Steigerung von Exporteinnahmen und Devisen – unter solchen Bedingungen nicht erreichen. Aufgrund der starken Währung bleiben die Exporte für ausländische Käufer teuer, während die ausländischen Importe weiterhin anwachsen. Das erklärt, warum für fast alle lateinamerikanischen Länder langfristig ein Anstieg der Importe und nur ein geringes Wachstum der Exporte zu beobachten ist. Noch 1999 lagen die lateinamerikanischen Importe mit 295,8 Mrd. US\$ über den Exporten (293,0 Mrd. US\$ im selben Jahr) (Dresdner Bank 2002: 3). Anstelle der angestrebten höheren Produktivität des industriellen Sektors setzte aufgrund des Rückgangs der Konkurrenzfähigkeit Lateinamerikas am Weltmarkt ein regelrechter Deindustrialisierungsprozess und eine Polarisierung der einheimischen Industriestruktur ein. Das Anwachsen der Lohnveredelungsindustrie an der mexikanischen Nordgrenze, die kaum Vernetzungen zur Binnenindustrie aufweist, ist exemplarisch für diese Entwicklung, die sich in der Exportstruktur niederschlägt. Obwohl sich in Mexiko der Anteil der Exporte (besonders jener im bearbeitenden Sektor) stark erhöht hat, hat gleichzeitig der Importanteil an den Exportwaren zugenommen. Im Bereich der Lohnveredelungsindustrie (Maquiladora-Industrie) liegt der Importanteil gar bei 80% des Wertes des Gesamtexports (Dussel Peters 2000, Boris 2002: 41).

3.2. Schuldenkrise, Zahlungsbilanzkrise und fiskalische Krise – Folgen der Reformen

Sowohl die Überbewertung der nationalen Währungen als auch das hohe Zinsniveau zeigen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz und das Staatsbudget. Die Zunahme der Importe bei gleichzeitiger Abnahme der Konkurrenzfähigkeit der Exportprodukte drückt die Handelsbilanz nach unten. Die Verschuldung in und nach der Krise belastet die Zahlungsbilanz aufgrund der beträchtlichen Zinszahlungen zusätzlich. Auf diese Weise blieb jenes langfristige Wachstum aus, das – so die liberale Theorie – die relative Last des Schuldendienstes verringern und eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur auslösen sollte. Betrachtet man die Handelsbilanzen der einzelnen lateinamerikanischen Länder, so weisen diese zwar seit der Schuldenkrise fast durchwegs positive Zahlen auf. Relativiert werden diese Erfolge jedoch, wenn man die Abflüsse durch Schulden- und Zinszahlungen betrachtet. Lateinamerika hat in der Zehnjahresperiode 1990-1999 an seine Gläubiger Tilgungs- und Zinszahlungen von insgesamt über 870 Mrd. US\$ geleistet, das waren durchschnittlich mehr als 5% der regionalen Wertschöpfung. Me-

xiko allein leistete in diesem Zeitraum einen Schuldendienst von insgesamt 271 Mrd. US\$. Brasilien brachte es in der gleichen Zeit auf rund 253 Mrd. US\$ – einem Handelsbilanzüberschuss von 2.650 Mio. US\$ (2001) standen im selben Jahr Zinszahlungen von 14.887 Mio. US\$ gegenüber. Das zum Sanierungsfall gewordene Argentinien wies zwischen 1990 und 1999 einen Handelsbilanzüberschuss von 20 Mrd. US\$ auf, dem Zinszahlungen von 66,9 Mrd. US\$ gegenüberstanden (Sangmeister 2002: 93 f., Becker/Musacchio 2003: 83).

Nachdem die Exporteinnahmen zur bilanziellen Sanierung nicht ausreichten und eine Weiterverschuldung nicht mehr so einfach möglich war, blieb zur Kapitalbeschaffung nur der Weg über ausländische Direkt- oder Portfolioinvestitionen. Angezogen durch die hohen Realzinsen, stabilen Wechselkurse und die liberalisierten Finanzsektoren erhöhten sich ab den späten 1980er Jahren besonders die privaten Kapitalströme nach Lateinamerika. Die Auswirkungen der Kapitalzuflüsse sind allerdings ambivalent zu beurteilen, nachdem sich nicht alle Auslandsinvestitionen langfristig und stabilisierend niederschlugen. Zwar erwiesen sich die ausländischen Direktinvestitionen als stetig wachsend (zumindest bis 1997, auch in den Folgejahren kam es nur zu einem leichten Abfall) und damit in einem gewissen Sinn auch stabilisierend. Die positiven Daten in diesem Bereich müssen jedoch durch die teilweise erheblichen Gewinnrepatriierungen ins Ausland korrigiert werden. Negativ wirkten sich die besonders zu Krisenzeiten stark schwankenden kurzfristigen Portfolioinvestitionen aus. So fielen in Lateinamerika die Portfolioinvestitionen nach der Mexikokrise von 61,8 Mrd. US\$ auf 4,6 Mrd. US\$ (siehe Tabelle 2), gerade zu einer Zeit, wo die Binnenwirtschaften zur Regeneration der ökonomischen Entwicklung in hohem Ausmaß zusätzliches Kapital gebraucht hätten. Die Option des schnellen Gewinns durch hohe Zinserträge, garantiert durch die Möglichkeit des kurzfristigen Kapitalexports bei fehlenden Kapitalverkehrskontrollen, verstärkte somit die Volatilität der Kapitalströme und die Anfälligkeit für weitere Krisen erheblich.

Tabelle 2: Nettokapitalströme nach Lateinamerika 1991-1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Privates Kapital	24,1	55,7	61,4	44,1	46,7	78,7	86,1	73,8	47,2
Direktinvestitionen	11,3	13,9	12,0	23,4	23,1	38,9	51,3	48,1	42,8
Portfolioinvestitionen	14,7	30,3	61,1	61,8	4,6	37,9	36,2	39,7	12,0
Anderer (Bankkredite)	-2,0	11,4	-11,7	-41,1	18,9	2,9	-1,4	-14,0	-7,7
Öffentliche Ströme	2,7	-1,7	0,7	-3,4	21,1	-14,1	-8,4	4,1	4,8

Quelle: Huffs Schmid 2000: 54.

Die künstlich hochgehaltenen Realzinsen behinderten einen Strukturwandel innerhalb der lateinamerikanischen Binnenwirtschaften auch insofern, als sie das inländische Investitionsniveau weiter drückten, da sich das Kapital am nationalen Markt verteuerte. Von der Knappheit an inländischem Investitionskapital waren mehrheitlich klein- und mittelbetriebliche nationale Unternehmen betroffen, die keinen Zugang zu ausländischen Kapitalquellen hatten.

Dass die Überbewertung der Währung und das Hochhalten der Zinssätze die Steuerungsmöglichkeiten der lokalen Ökonomie erheblich einschränken, zeigt sich auch am Staatsbudget. Der Staatshaushalt, durch Zinszahlungen auf ausländische Kredite stark belastet, gerät durch die neoliberale Sanierungspolitik weiter unter Druck. Auf der Einnahmenseite verliert der Staat durch den Abbau der Importzölle, auf der Ausgabenseite wird von Seiten der internationalen Finanzinstitutionen und Gläubiger auf Austerität gedrängt. Zudem besteht der Zwang zur Aufrechterhaltung einer starken Währung zur Bedienung des Schuldendienstes. Eine Abwertung der nationalen Währung führt auch zu einer extremen Belastung des staatlichen Budgets, da sie zwangsläufig eine Aufwertung der (Dollar)Schulden nach sich zieht. Gleichzeitig kommt es aber durch die Hochzinspolitik zu einer Erhöhung des Zinsanteils an den Staatsausgaben, denn es steigen nicht nur die Zinsen auf Auslands-, sondern auch jene auf Inlandskredite.

Besonders jene Länder, die eine starke Anbindung ihrer Währung an eine ausländische Fremdwährung praktiziert hatten, wie Argentinien und Brasilien, stellte das »Zwillingsdefizit« in Leistungsbilanz und Staatsbudget, hervorgerufen durch die Überbewertung bei gleichzeitiger Liberalisierung der Güter- und Finanzmärkte, vor wirtschaftspolitische Schwierigkeiten. Denn um den Schuldendienst bedienen und die finanzmarktfreundliche Geldpolitik aufrecht zu erhalten, kam es zu (weiteren) Verkäufen von Staatseigentum und Ausgabenkürzungen. Diese »Stop and Go-Politik« zeigt sich eindrücklich am brasilianischen »Plano Real«. Die mit der mexikanischen Pesokrise 1994/95 und der Asienkrise 1997 einhergehende Verunsicherung auf den Devisenmärkten zwang die Regierung zur Lockerung der Real-Dollar-Bindung und zu einer kontrollierten, schrittweisen Abwertung (*crawling peg*). Gleichzeitig erhöhte die brasilianische Regierung beide Male die Zinsen drastisch, um Kapitalabflüsse zu verhindern und die Devisenreserven aufrecht zu erhalten, belastete aber so das Staatsbudget. Mit der Verbesserung der brasilianischen Handelsbilanz zwischen 1995-1997 kam es zwar zu einer kurzen Entschärfung dieser Politik und einer Reduktion des nominellen Zinsniveaus. Mit dem Einsetzen der Asienkrise setzte jedoch eine erneute »Stop-Phase« ein, die wiederum geldpolitische Interventionen hervorrief. Bereits ab 1997 war es zu der verstärkten Herausgabe wechsellkursindexierter und flexibel verzinsster Staatspapiere gekommen, um das Vertrauen der Anleger zu stärken. Als zwischen

August 1998 und Jänner 1999 die Kapitalabflüsse zunahmen, wurden auch die Zinsen kurzfristig auf 50% aufgewertet. Das Vertrauen der Anleger in die Währung blieb dennoch schwach. Der Real musste Ende 1999 um 50% abgewertet werden, der staatliche Schuldenstand stieg binnen kürzester Zeit von 42% auf 53% des BIP (Wukovitsch 2003: 120).

Eine ähnliche Situation präsentiert sich in Argentinien. Der »Plan Cavallo«, benannt nach dem damaligen (und heutigen) Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, band den argentinischen Peso an den US-Dollar, wodurch es – wie in Brasilien – gelang, die Inflationsraten kurzfristig zu senken. Die Wachstumsphase hielt allerdings nur von 1990-94 an, danach verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum erneut. Als 1998 die Weltmarktpreise für Weizen und Soja in den Keller rutschten und der US-Dollar gleichzeitig aufgewertet wurde, geriet der durch die Währungsanbindung überbewertete argentinische Peso unter Druck. Zudem hatten sich während der 1990er Jahre die argentinischen Staatsschulden verdoppelt, weil man bestehende Schulden durch neue Kreditaufnahmen bedient hatte. Nachdem die Privatisierung der ehemals staatlichen (und teilweise hochprofitablen) Betriebe bereits abgeschlossen war und die Steuereinnahmen durch den Konsumausfall (aufgrund der ansteigenden Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen) sanken, erhöhte sich das Staatsdefizit weiter. Wie auch in Brasilien wurde von Regierungsseite versucht, in der sich abzeichnenden Krisensituation ausländische Anleger nicht zu verunsichern, weshalb die Zinssätze hoch gehalten wurden. Die Zinsen für Festgeldkonten stiegen auf über 30% an, die Interbankzinsen kletterten zeitweise auf über 300%, wodurch Kredite für inländische Unternehmen unerschwinglich wurden (NZZ 13.8.2001: 13, zit. in Boris/Malcher 2003: 6). Dennoch war die Krise kaum noch aufzuhalten. Als sich Argentinien im Dezember 2000 erstmals kurz vor der Zahlungsunfähigkeit befand, sprang der IWF mit einem Hilfspaket von 38 Mrd. US\$ ein, das jedoch fast ausnahmslos für die Bezahlung fällig werdender Schulden verwendet wurde. Zudem war dieser finanzielle Beistand erneut an Bedingungen geknüpft, insbesondere an den erfolgreichen Abbau des öffentlichen Haushaltsdefizits. Mit dem Null-Defizit-Gesetz, das im Juli 2001 in Kraft trat, sollte der Staatshaushalt durch Kürzungen der Beamtengehälter und der Renten ausgeglichen werden, wobei die Einsparungen in diesen Bereichen zur Bedienung des Schuldendienstes verwendet werden sollten. Als der Erfolg des Null-Defizit-Gesetzes der Regierung de la Rúa immer unwahrscheinlicher wurde, blockierte der IWF im Dezember 2001 die Auszahlung einer weiteren Kredittranche an Argentinien. Mit diesem negativen Signal war die internationale Zahlungsunfähigkeit faktisch vorprogrammiert (Sangmeister 2002: 96). Die Kapitalflucht war derart angestiegen, dass die Regierung die Bankdepósitos einfrieren musste, um das Bankensystem vor dem Zusammenbruch zu retten. Diese Ver-

bindung von mangelnder Liquidität und restriktiver Budgetpolitik führte in Folge zu einer Rezession, deren Ausmaß jener der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit bei weitem überschreiten sollte (Boris/Malcher 2003).

Im Fall Mexiko optierte man nach einer Phase erfolglosen Schuldenmanagements nach der frühen Krise von 1982 ab 1987 für ein wechsellkursbasiertes Stabilisierungsmodell, indem man den Peso (unter Berücksichtigung einer gewissen Schwankungsbandbreite) an den Dollar band. Auch in diesem Fall gelang es, die Inflation relativ rasch zu senken – sie fiel von 29,9% Anfang der 1990er Jahre auf 7,1% (1994) – und gleichzeitig steigende Ströme ausländischen Investitionskapitals anzuziehen (Dornbusch 1997: 129). Damit war jedoch ein Anstieg der realen Wechselkurse und eine Verschlechterung der Handelsbilanz verbunden, die 1994 auf einen Tiefstand von über minus 18 Mio. US\$ sank. Ebenso kam es zu einer starken Zunahme an Importen, und auch der Staatshaushalt rutschte bis 1994 kontinuierlich in den Negativbereich. Auch diese Anzeichen einer instabilen Wirtschaftsentwicklung konnten die Euphorie der internationalen Investoren und der multilateralen Institutionen nicht mindern. Die Weltbank verwies noch 1993 im *World Bank Annual Report* auf die Erfolge des Strukturanpassungsprogrammes, der IWF deutete in dem *Annual Report* 1994 zwar auf mögliche wirtschaftliche Probleme hin, die sich aufgrund des starken Zustroms an Auslandskapital ergeben könnten, schloss aber gleichzeitig die Möglichkeit einer Währungsabwertung als korrigierende wirtschaftspolitische Maßnahme aus (Edwards 1997: 101). Auf politischer Ebene verhinderten damals die Diskussion um den NAFTA-Beitritt Mexikos, die Präsidentschaftswahlen 1994 und starke Interessengruppen innerhalb der mexikanischen politischen Elite realpolitische Schritte in diese Richtung. Der Zusammenbruch erfolgte schließlich, als sich das massive Handelsbilanzdefizit nicht mehr durch das einströmende Auslandskapital finanzieren ließ. Als der Peso 1994 um fast zwei Drittel gegenüber dem US-Dollar abgewertet werden musste, brach die Krise auf allen Ebenen aus. Nur ein »Rettungskredit« des IWF, der US Federal Reserve und der Weltbank konnten eine erneute Zahlungsunfähigkeit des Landes verhindern.

4. Schlussbemerkungen

Betrachtet man die Entwicklung der lateinamerikanischen Länder ab den 1980er Jahren, so lässt sich die Eingangsfrage nach dem positiven Zusammenhang zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik und Finanzkrisen bejahen. Einerseits hat die Krisensituation seit den frühen 1980er Jahren wesentlich zum Durchbruch neoliberaler Politik in Lateinamerika beigetragen. Andererseits hat die fast zwei Jahrzehnte andauernde neoliberale »Stabilisierungspolitik« die nationalen Ökonomien Lateinamerikas destabilisiert und ihre Anfälligkeit für weitere Krisen erhöht.

Zwar werden mittlerweile die makroökonomischen Fundamentaldaten für einige lateinamerikanische Länder wie Mexiko oder Chile als zukünftig solide eingestuft (Dresdener Bank 2002). Eine solche Einschätzung kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass sich die Verbesserungen im Bereich der Inflationsraten, dem Haushaltsdefizit und der Leistungsbilanz – so diese auftraten – als bislang kurzfristig erwiesen oder nur unter beträchtlichen Anstrengungen und zulasten anderer Bereiche (wie der Löhne oder der Investitionen) erreicht werden konnten. Der den neoliberalen Sanierungsprogrammen innewohnende Widerspruch – maßgeblich die Doppelbelastung von Leistungsbilanz und Staatsbudget durch die Überbewertung lokaler Währungen und das Hochhalten der Zinssätze bei gleichzeitiger Liberalisierung von Güter- und Kapitalströmen – verhinderte die Aussicht auf langfristiges Wirtschaftswachstum auf nationaler Ebene. Gleichzeitig gewann die Anziehung von Auslandskapital als wirtschaftspolitisches Ziel an Priorität. Die festgestellte hohe makroökonomische Abhängigkeit von volatilen Finanzströmen deutet darauf hin, dass Finanzmärkte durch diese Politik einen weit größeren Einfluss auf die nationale Geldpolitik sowie auf die gesamte Wirtschaftspolitik ausüben, als dies vor der Reformperiode der letzten zwei Jahrzehnten der Fall gewesen war. Zugute kam die finanzmarktfreundliche Politik der lateinamerikanischen Länder in den 1990er Jahren ausländischen Anlegern, die ihr Kapital in den nun als »emerging markets« bezeichneten Ländern gewinnbringend anlegen konnten und zudem durch die vorhergegangenen Reformmaßnahmen auch die Garantie hatten, es bei Anzeichen einer Krise schnell und problemlos wieder abziehen zu können. Die Belastung der lateinamerikanischen Wirtschaften durch die Bindung des inneren Wachstums an die Außenverschuldung und an die Bewegungen auf den internationalen Finanzmärkten erwies sich als ausgesprochen krisenfördernd.

Nachdem sich die internationalen Finanzmärkte als ein unbeständiger und weitgehend unberechenbarer Faktor für die wirtschaftspolitische Planung der betroffenen Länder erwiesen hat, kann eine Verstetigung und Kontrolle der internationalen Kapitalströme als eine mögliche Verbesserungsmaßnahme gesehen werden (Huffs Schmid 2000: 60). Die Erfahrungen Malaysias und Chinas, die während und nach der Asienkrise gegen den Widerstand der internationalen Finanzinstitutionen Kapitalverkehrskontrollen aufrecht erhalten und sich wesentlich schneller als die übrigen betroffenen Länder von der Krise erholt haben, zeigen, dass sich solche Schutzmaßnahmen notfalls auch im Alleingang durchführen lassen. Allerdings bekämpfen solche Maßnahmen, die sich ausnahmslos auf die nationale Ebene beschränken, das Problem nur oberflächlich. Ein weiterer Reformschritt muss bei der Regulierung der internationalen Finanzmärkte selbst ansetzen: bei der Einschränkung des kurzfristigen internationalen Kapitalverkehrs, der Stabilisierung

der internationalen Währungsbeziehungen und der Renovierung der Architektur des globalen Finanzsystems (Bischoff 2000: 39 f.).

Geht man jedoch wie in diesem Artikel davon aus, dass die durch den Kapitalüberschuss in den Zentren verursachten angebotsgetriebenen Kapitalflüsse in die Länder der Peripherie ein ursächlicher Auslöser von Finanzkrisen ist, dann muss eine tiefgreifende Reform an dem Akkumulationsproblem der Zentren ansetzen. Das bedeutet, dass der Aufbau eines Überschusses entweder verhindert oder das überschüssige Kapital durch Gewinnbesteuerung bzw. staatliche Ausgabenpolitik in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden muss.

Literatur

- Barrios, Harald, Jörg Röder. 2000. *Entwicklungsfortschritte und Entwicklungsblockaden in Brasilien – Fragen der Regierbarkeit, der Systemeffizienz und der Legitimität*. In: Die ökonomische Dynamik politischer Herrschaft. Das pazifische Asien und Lateinamerika, Hg. Jörn Dosch/Jörg Faust, Opladen: Leske + Budrich, 49-73.
- Becker, Joachim, Johannes Jäger und Andrés Musacchio. 2002. »Finanzsystem und Krise in Argentinien und Chile.« *Kurswechsel*, Nr.3 (2002), 32-44.
- Becker, Joachim, Andrés Musacchio. 2003. *Argentinien: Wiederholung der Verschuldungsgeschichte*. In: Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Hg. Joachim Becker/Ronald Heinz/Karen Imhof/Karin Küblböck/Wolfram Manzenreiter, Wien: Promedia, 75-89.
- Bischoff, Joachim. 2000. *Finanzkrisen am Ende des 20. Jahrhunderts*. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Hg. Dieter Boris/Alvaro Berriel Diaz/Kai Eickert-Wolf/Ralf Käpernick/Jan Limbers, Marburg: Metropolis, 27-42.
- Boris, Dieter. 2000. *Die »Peso«-Krise in Mexiko 1994/95: »Marktversagen« versus »Politikversagen« – oder beides?* In: Die ökonomische Dynamik politischer Herrschaft. Das pazifische Asien und Lateinamerika, Hg. Jörn Dosch/Jörg Faust, Opladen: Leske + Budrich, 21-49.
- Boris, Dieter. 2001. *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Boris, Dieter, Albert Sterr. 2002. *FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?* Köln: ISP-Verlag.
- Boris, Dieter, Ingo Malcher. 2003. »Argentinien am Ende der Neoliberalen Sackgasse.« <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=605>, 31.7.2003.
- Cardoso, Eliana, Ann Helwege. 1992. *Latin America's Economy. Diversity, Trends, and Conflicts*. London/Massachusetts: The MIT Press.
- Dornbusch, Rüdiger. 1997. *The Folly, the Crash and Beyond: Economic Policy and the Crisis*. In: Mexico 1994. Anatomy of an Emerging Market Crash, Hg. Sebastian Edwards/Moisés Naím, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 125-141.

- Dresdner Bank. 2002. »Perspektiven Lateinamerika«, Update Juli 2002, Dresdner Bank Lateinamerika AG. http://www.mercosur-info.com/al/materiales/perspektiven_update.pdf, 31.7.2003.
- Dussel Peters, Enrique. 2000. *Polarizing Mexico. The Impact of Liberalization Strategy*. Boulder/Co.: L. Rienner Publications.
- Edwards, Sebastian. 1997. *Back Luck or Bad Policies? An Economic Analysis of the Crisis*. In: Mexico 1994. Anatomy of an Emerging Market Crash, Hg. Sebastian Edwards/Moisés Naim, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 95-125.
- Feldbauer, Peter, Gerd Hardach. 1999. *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise. Wohin treibt die Peripherie?* In: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999), Hg. Feldbauer Peter/Gerd Hardach/Gerhard Melinz, Frankfurt a.M./Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 9-23.
- Fritz, Barbara. 2000. *Stabilisierung und De-Stabilisierung. Währungskrisen als Kehrseite des Modells wechselkursbasierter Entwicklung – der Fall Brasilien*. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Hg. Dieter Boris/Alvaro Berriel Diaz/Kai Eickert-Wolf/Ralf Käpernick/Jan Limbers, Marburg: Metropolis, 253-289.
- Fritz, Barbara. 2003. »Währungspolitik an der Grenze. Mexikos Bestrebungen nach monetärer Integration in die USA.« <http://www.duei.de/iik/de/content/mitarbeiter/pdf/fritzmexiko2003.pdf>, 4.9.2003.
- Huffschmid, Jörg. 2000. *Das Verhältnis Metropolen-Peripherie unter dem Aspekt der Finanz- und Währungsbeziehungen*. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Hg. Dieter Boris/Alvaro Berriel Diaz/ Kai Eickert-Wolf/Ralf Käpernick/Jan Limbers, Marburg: Metropolis, 43-63.
- Imhof, Karen. 2003. *Verschuldung, Finanzkrise und die Etablierung neoliberaler Hegemonie in Mexiko*. In: Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Hg. Joachim Becker/Ronald Heinz/Karen Imhof/Karin Küblböck/Wolfram Manzenreiter, Wien: Promedia, 89-115.
- Novy, Andreas. 2000. *Verschuldung und Finanzkrisen als Wegbereiter sozialliberaler Hegemonie*. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert. Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Hg. Dieter Boris/Alvaro Berriel Diaz/Kai Eickert-Wolf/Ralf Käpernick/Jan Limbers, Marburg: Metropolis, 289-319.
- Novy, Andreas. 2000. »Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt.« *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 2 (2000), 189-209.
- Raffer, Kunibert. 1999. *Das »Management der Schuldenkrise«: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz?* In: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien, Hg. Christof Parnreiter/Andreas Novy/Karin Fischer, Frankfurt a.M./Wien: Brandes & Apsel/Südwind, 95-113.
- Sangmeister, Hartmut. 2002. »Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas. Die Abhängigkeit lateinamerikanischer Volkswirtschaften vom Auslandskapital birgt Risiken.« *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 9, 13.5.2002, 89-99.

- Walpen, Bernhard. 2002. »Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan. Eine erste Problemskizze.« In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 3 (2002), 249-265. Schwerpunktredakteurin Karin Fischer.
- The World Bank Group. 2003. «Foreign Investment and Remittances Outpace Debt as a Source of Finance for Latin America and the Caribbean«. *News Release*, Nr. 2003/266/S. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:20102122~menuPK:34466~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>. 31.7.2003.
- Wukovitsch, Florian. 2003. *Entwicklung unter »Finanzmarktaufsicht«. Implikationen brasilianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik 1994-2002*. In: Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Hg. Joachim Becker/Ronald Heinz/Karen Imhof/Karin Küblböck/Wolfram Manzenreiter, Wien: Promedia, 115-131.

Abstracts:

The following article analyses the relationship between financial crisis and neoliberal economic policy in Latin America since the early 1980s. In a first step it is shown that national and international factors correlated and ultimately fostered the establishment of neo-liberal policy pattern especially in and after the crisis. The experiences of three Latin American countries, Mexico, Brasil and Argentine not only show the connection between financial crisis and the establishment of neo-liberal policies but also the discrepancies within the neo-liberal development model itself. Fixed exchange rates and high interest rates helped to reduce inflation in the short run but the long term concentration on these measurements lead to high deficits in the balance of trade and the budget and therefore aggravated the crisis situation further. In this sense the ultimate aim of structural adjustment programmes was not to restore the economic stability of the effected countries but to force these countries to introduce investor friendly policies in order to absorb the excess liquidity that had built up in the core countries.

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Finanzkrisen und neoliberaler Wirtschaftspolitik in Lateinamerika seit den frühen 1980er Jahren. Zunächst wird auf das Zusammenspiel nationaler und internationaler Faktoren und Akteure eingegangen, die die Etablierung neoliberaler Politikmuster in Lateinamerika begünstigten und nach den Krisen weiter verschärften. Um die Beziehung zwischen dem neoliberalen Entwicklungsmodell und den sich häufenden (Finanz)Krisen zu verdeutlichen, wird auf die Erfahrungen Mexikos, Brasiliens und Argentiniens und die Widersprüche innerhalb des neoliberalen Modells hingewiesen. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die einseitige Konzentration des Krisenmanagements auf Währungsfixierung und Hochzinspolitik maximal eine kurzfristige Inflationsreduktion bewirkte, langfristig aber sowohl die

Handelsbilanz als auch das Staatsbudget schwer belastete und so zu weiterer Verschuldungs- und Krisenanfälligkeit beitrug. Damit liegt der Schluss nahe, dass das Ziel der anlegerfreundlichen Politik, die durch die Strukturanpassungsprogramme festgesetzt wurde, weniger die wirtschaftliche Gesundung der jeweiligen Länder war, sondern vielmehr in der Absorption von überschüssiger Liquidität der Zentrumsstaaten lag.

Karen Imhof

Zentrum für überfakultäre Forschung/Projekt Internationale Entwicklung

Universität Wien

E-mail: Karen.Imhof@univie.ac.at